

MARIAN SMETANA
HELMUT SCHLIESSELBERGER

WIEN. Die letzte Frage beim ersten Auftritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im Ibiza-U-Ausschuss konnte nicht mehr ganz gestellt werden. Der Vorsitzende Wolfgang Sobotka (ÖVP) beendete die Befragung des Kanzlers damals mit dem Hinweis, dass die Fragezeit nach vier Stunden zu Ende sei. So steht es im Protokoll.

Fast genau ein Jahr später ist Kurz abermals vor den U-Ausschuss geladen und eine der Grundlagen für die zweite Befragung am Donnerstag durch die Abgeordneten wird eben das Befragungsprotokoll aus dem Vorjahr sein.

Denn Kurz wurde damals vor allem von SPÖ und Neos nach seiner Rolle bei der Bestellung des Kurz-Vertrauten Thomas Schmid zum Alleinvorstand der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) befragt. Kurz blieb vage. So sagte er auf die Frage, ob er im Vorfeld in Schmidts Bestellung und die Aufsichtsratsbesetzung eingebunden war: „Eingebunden im Sinne von informiert, ja.“ Über die Aufsichtsratsbesetzungen sei er nur „manchmal mehr, manchmal weniger“ informiert worden. Und verneint hat Kurz die Frage, ob er mit Schmid schon darüber gesprochen habe, bevor ihm dieser nach der Ausschreibung seine Bewerbungsabsicht eröffnet habe. „Nein, es war allgemein bekannt, dass ihn das grundsätzlich interessiert, und es war sicherlich auch so, dass immer wieder davon gesprochen wurde, dass er ein potenziell qualifizierter Kandidat wäre.“ So das Protokoll.

Doch wegen Ermittlungen in einer anderen Causa rund um die Ibiza-Affäre hatte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Schmidts Handy beschlagnahmt. Im Zuge der Aktenlieferung wurden auch Chatnachrichten zwischen Kurz und Schmid von der Jus-

„Ich war nicht auf Ibiza.“

Kanzler Sebastian Kurz im Vorjahr vor dem U-Ausschuss

tiz an den U-Ausschuss geliefert. Und diese zeigen laut SPÖ und Neos, dass Kurz in die Schmid-Bestellung involviert war. So bezeichnete Kurz Schmid bekanntlich als „Aufsichtsratsammler“. Aus dieser und anderen Chatnachrichten schließt die Opposition, dass Kurz in die Bestellung der Aufsichtsräte, die Schmid später zum ÖBAG-Chef wählten, wohl mehr verwickelt war,



Bundeskanzler Sebastian Kurz am 24. Juni 2020 auf dem Weg zum U-Ausschuss. BILD: SN/FLORIAN SCHROETTER / EXPA / PICTUREDESK.COM

Kein Kurzauftritt des Kanzlers

Kurz kann sich diesmal im Ibiza-U-Ausschuss entschlagen. Doch die Befragung wird dauern, denn der Ibiza-Akt ist dicker geworden.

als er vor dem Ausschuss zugab. Kurz wurde deshalb angezeigt. Die WKStA ermittelt wegen Falschaussage, denn vor dem U-Ausschuss herrscht für Zeugen Wahrheitspflicht, wie vor Gericht.

Dabei hat ein parlamentarischer U-Ausschuss sonst wenig mit einem Gerichtsverfahren zu tun, wie Werner Zögernitz, ÖVP-naher Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, betont. Der U-Ausschuss sei das schärfste parlamentarische Instrument der Opposition zur Kontrolle der Regierung, habe aber – anders als etwa in einem Strafverfahren – nicht die Erfüllung eines bestimmten Tatbestands zu prüfen. Ziel des

U-Ausschusses sei die Aufklärung von Vorgängen zu politischen Zwecken. Zögernitz sagt außerdem, dass die Ausschüsse oftmals Tribunalcharakter hätten, da einzelne Abgeordnete als Ankläger und Richter zugleich aufträten.

So verteidigte sich auch Kurz, nachdem er die Ermittlungen gegen ihn selbst publik gemacht hatte. Er habe nie vorsätzlich etwas falsch ausgesagt und immer versucht, die Wahrheit zu sagen.

Dass in der Frage der möglichen Falschaussage beim zweiten Auftritt vor dem U-Ausschuss viel weitergeht, darf bezweifelt werden. Kurz darf sich entschlagen, wenn er sich durch die Aussage vor dem

Ausschuss in einem Strafverfahren selbst belasten würde.

Belastendes gegen sich sah der Kanzler bei seinem ersten Auftritt naturgemäß nicht. Er verteidigte die Postenbesetzungen unter Türkis-Blau, diese seien so erfolgt wie davor unter Rot-Schwarz, sagte der Kanzler betont freundlich und gelassen. Nur einmal platzte ihm nach einer Verbalattacke der FPÖ der Kragen. „Ich war nicht auf Ibiza“, so Kurz selbstsicher. Damals gab es allerdings noch keine Hunderten Chatnachrichten im U-Ausschussakt, die dem Kanzler von der Opposition wohl vorgehalten werden.